Nummer 48 · 34. Jahrgang

Nürnberg, 24. November 1920

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erscheint jeden Mittwoch. Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Mark durch die Post, per Kreuzband 4.— Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Treffich, Nürnberg. — Fernsprecher Nr. 403. Redaktionsschluß: Montags früh 7 Uhr. Versandstelle: Nürnberg 10, Bayreuther Straße 46.

Anzeigenpreis 1.— Mar: die einspaltige Petitzeile. Bei Wiederholung Rabatt. Stellenvermittlungsanzeigen: Für Mitglieder 50 Pfennig.

Inhaltsverzeichnis: Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1919. — Neueste Vorgänge. — Rohnadbau. — Der Arbeitgeber als Steuerzahler. — Herzschläge. — Deutsche Kinderhilfe. — Tarif und Schlichtungswesen — Aus unserem Beruf. — Die Volksseindlichkeit des Lederhandels. — Protestreih der Innungsmeister und Beschaffungsstellen. — Wo steht der Feind? — Aus den Zahlstellen und Bezirken. — Vom Ausland. — Verbandsnachrichten. — Literarisches. — Briefkasten.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1919.

Der im vorigen Jahre in Nürnberg abgehaltene 10. Deutsche Gewerkschaftskongreß hat durch die Schaffung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den freien Gewerkschaften, die bis dahin ihre Spitze in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatten, ein festeres organisatorisches Gefüge gegeben. Die neue Bezeichnung dieser Organisationsrichtung bedeutet keinen leeren Schall, sie entspricht vielmehr der lebendigsten Wirklichkeit, denn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vereinigt in sich die übergroße Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands und ist zurzeit der stärkste Gewerkschaftsbund der Welt. Als auf der Tagung des Kongresses, im Juli 1919, die alte Gewerkschaftsvereinigung ihren neuen Namen erhielt, gehörten ihr 5,7 Millionen Mitglieder an, und diese Zahl wuchs bis zum Schlusse des Jahres auf 7,3 Millionen. (Heute haben die Verbände die Zahl von 8 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern bei weitem überschritten.) Nunmehr veröffentlicht der Bundesvorstand in einer Beilage zu der Nr. 44 des „Korrespondenzblattes" eine statistische Uebersicht über „Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1919", die uns den gewaltigen Abschwung, den die freien Gewerkschaften seit dem Ausbruch der Revolution genommen, anschaulich vor Augen führt.

Im Jahre 1918 umfaßten die freien Gewerkschaften 50 Zentralverbände, die zusammen einen Bestand von 10 365 Zweigvereinen hatten und im Jahresdurchschnitt 1 664 991 Mitglieder, darunter 422 957 weibliche, zählten. Im Laufe des Berichtsjahres traten dem Bunde neu bei die Verbände der Film- und Kinoangehörigen, Hotelangestellten, Poliere und Schornsteinfeger. Die Verbände der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten schlossen sich mit dem Verbande der Versicherungsbeamten, der nicht der früheren Generalkommission angehörte, zu dem Verbande der Angestellten zusammen, und der Verband der Bildhauer ging zum Verband der Holzarbeiter über. Es gehörten demnach am Schlusse des Jahres 1919 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde 52 Zentralverbände an. Die Statistik erstreckt sich jedoch nur auf 51, da die Hotelangestellten keinen Bericht einsandten. Die an der Statistik beteiligten Verbände hatten einen Bestand von 23 862 Zweigvereinen; er hat sich gegen die Vorkriegszeit nahezu verdoppelt und gegenüber dem Vorjahre um 13 497 Zweigvereine erhöht. Der seit Ausbruch der Revolution erfolgte Massenzuwachs an Mitgliedern der freien Gewerkschaften wird durch die Quartalszahlen veranschaulicht. Es hatten die Verbände am Schlusse der angeführten Quartale Mitglieder:

		im ganzen	davon weiblich
3. Quartal	1918	1 468 132	383 894
4. „	1918	2 866 012	666 392
1. „	1919	4 677 877	998 828
2. „	1919	5 779 291	1 255 282
3. „	1919	6 582 359	1 390 513
4. „	1919	7 338 132	1 612 636

Das Jahr 1919 schließt mit 7 338 132 Mitgliedern ab. Die Zunahme gegenüber der Schlußzahl des Vorjahres beträgt 4 472 120. Der stärkste Andrang zu den Gewerkschaften erfolgte gegen Ende des Jahres 1918, gleich nach Ausbruch der Revolution, bis Mitte 1919, dann wurde die Zunahme geringer. Immerhin ist der Zuwachs an Mitgliedern auch im zweiten Halbjahre noch erheblich. Vom 3. zum 4. Quartal 1919 erhöhte sich der Mitgliederbestand noch um 775 773.

Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder hat sich vom 4. Quartal 1918 bis zum 4. Quartal 1919 um 946 244 vermehrt. Ueber einundeinehalbe Million Frauen hatten bis Ende 1919 den Weg zur Organisation gefunden. Es ist sehr erfreulich, daß die Gewinnung der Frauen für die Gewerkschaft, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dem Organisationsgedanken schwerer zugänglich sind, nach der Revolution bessere Fortschritte gemacht hat, als es vor ihr der Fall war. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliederzahl betrug 1919: 21,8 v. H. gegen 8 v. H. im Jahre 1913.

Unter den Verbänden befinden sich 11, deren Mitgliederstand überwiegend aus weiblichen Mitgliedern besteht, und zwar sind es die folgenden, denen die Gesamtzahl an erster Stelle und die der weiblichen Mitglieder an zweiter Stelle in Klammern beigefügt ist: Angestellten (196 957, 107 796), Buchbinder (58 956, 40 609), Buchdruckereihilfsarbeiter (26 896, 17 955), Chorsänger (4407, 2585), Film- und Kinoangehörigen (3735, 1935), Hausangestellten (25 043, 24 840), Hutmacher (17 446, 11 510), Kürschner (5972, 3138), Schneider 114 555, 67 239), Tabakarbeiter (57 084, 42 539) und Textilarbeiter (308 705, 204 982). Diese 11 Verbände zählten zusammen 528 128 weibliche Mitglieder = 45,6 v. H. ihrer Gesamtzahl. Im Zentralverband der Schuhmacher waren Ende 1919 39 261 weibliche Mitglieder organisiert neben 54 246 männlichen.

Die Einnahme- und Ausgabesummen der Zentralverbände sind 1919 zu einer solchen Höhe angewachsen, daß sie kaum noch in Vergleich mit den Ergebnissen der Finanzwirtschaft der früheren Jahre gestellt werden können. In erster Linie ist das Anschwellen der Summen auf unsere starke Geldentwertung zurückzuführen. Alle Ausgaben der Verbände sind durch die Verteuerung ins fabelhafte gestiegen; die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten, die Drucklegung der Verbandsorgane und die Ausgaben der Unterstützungen, auch die starke Arbeitslosigkeit, die wieder zahl- und umfangreicheren Streiks haben natürlich gleichfalls wesentlich zur Vermehrung der Ausgaben beigetragen. Entsprechend den an sie gestellten höheren Ansprüchen mußten auch die Verbände dazu übergehen, die Beiträge beträchtlich zu erhöhen.

Das Gesamtergebnis der Finanzwirtschaft der Zentralverbände im Jahre 1919 ist: eine Gesamteinnahme von 247 306 858 Mk. (59 767 587), eine Ausgabe von 201 408 709 Mk. (41 661 709) gegenübersteht. Das Gesamtvermögen belief sich am Schlusse des Jahres auf 133 180 009 Mark (80 904 595), ohne das Vermögen des Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 keine Angaben darüber macht. Von dem Vermögensbestande befanden sich 107 503 081 Mk. in den Hauptkassen.

Die Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus: 2 867 289 Mk. Eintrittsgeldern, 135 954 818 Mk. Verbandsbeiträgen, 43 098 827 Mk. örtlich. Beiträgen, 652 903 Mark Extrabeiträgen, 4 063 461 Mk. Zinsen u. 10 669 540 Mark sonstigen Einnahmen.

Nach fünf Hauptgruppen geordnet wurde verausgabt für: Unterstützungen 44 942 793 Mk., Lohnbewegungen und Streiks 45 300 049 Mk., Verbandsorgane und Bildungszwecke 15 609 812 Mk. und für Agitation, Konferenzen, Verbandstage, Kartelle und Sekretariate 36 207 447 Mark. Die Haupt-, Gau- und Zweigvereinsverwaltungen erforderten einen Aufwand von 59 348 608 Mk. Bei den Ausgaben für Unterstützungen steht an erster Stelle die Arbeitslosenunterstützung. Es wurden dafür 27 590 196 Mk. verausgabt; 1918 dagegen 2 583 040 Mk. Die Mehraufwendung gegen das Vorjahr ist zum geringeren Teil auf die Erhöhung der Unterstützungen zurückzuführen, in der Hauptsache ist sie durch die umfangreiche Arbeitslosigkeit entstanden. Nächst der Arbeitslosenunterstützung steht die in Krankheitsfällen gewährte mit 11 427 188 Mk. Für Beihilfe in Sterbefällen wurden 2 167 049 Mk. und für solche in Notfällen 1 637 855 Mk. verausgabt.

Die deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), die von sich behaupten, die älteste Organisationsrichtung zu sein, haben an der gewaltigen Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften den geringsten Anteil. Sie sind deshalb noch einflußloser geworden als in der Vorkriegszeit. Es gehören dieser Gruppe 19 Organisationen an, die 1919 zusammen einen Bestand von 1728 Ortsvereinen hatten gegen 1720 im Vorjahre. Die gesamte Mitgliederzahl betrug 189 831, darunter waren 18 086 weibliche Mitglieder. Gegen 1918 erfolgte ein Zuwachs von 70 039 Mitgliedern = 66,82 v. H. Die Gesamteinnahme bezifferte sich auf 5 510 989 Mk. und die Ausgabe, ohne 413 938 Mk. neu angelegten Gelder, auf 4 851 313 Mk. Der Vermögensbestand betrug 2 955 650 Mark. Unter den Einnahmen und Ausgaben befinden sich auch die der Kranken- und Begräbniskassen, die selbständige Einrichtungen mit besonderen Beiträgen darstellen.

Die christlichen Gewerkschaften bieten in ihren Jahresstatistiken ein Bild regeren gewerkschaftlichen Lebens als die Deutschen Gewerkvereine. Obschon sie jüngeren Datums sind, haben sie die ältere Gewerkschaftsrichtung erheblich überflügelt, sie bilden die zweitwichtigste Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Handarbeiter. Nach dem von den christlichen Gewerkschaften in Nr. 20 ihres Zentralorgans, Jahrgang 1920, erstatteten Jahresbericht für 1919 waren ihnen 26 Verbände angeschlossen, die zusammen 9918 Ortsgruppen zählten, gegen 4950 im Jahre 1918. Es hat demnach eine Vermehrung der Ortsgruppen um 4968 stattgefunden.

Die christlichen Gewerkschaften zählten am Schlusse des Jahres 1918: 538 559, 1919: 1 000 770, im Jahresdurchschnitt 1919 858 283 Mitglieder, davon 160 024 weibliche. 1918 waren es, nach Absetzen der Mitglieder der ausgeschiedenen Verbände, 392 914 Mitglieder, davon 62 104 weibliche. Nach der Jahresdurchschnittszahl erhöhte sich der Gesamtbestand um 465 369 Mitglieder = 118,44 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder nahm um 97 920 zu.

Die Gesamteinnahme betrug 25 614 774 Mk., davon kamen 23 738 222 Mk. aus Beiträgen. Die Ausgabe beläuft sich auf 18 607 315 Mk und der Vermögensbestand bezifferte sich am Schlusse des Jahres auf 20 161 269 Mk.

Die Zusammenfassung der für die drei Organisationsrichtungen, freie Gewerkschaften, Deutsche Gewerkvereine und christliche Gewerkschaften, vorliegenden statistischen Nachweise ergibt, daß diese 1919 zusammen 6 527 187 Mitglieder, darunter 1 370 877 weibliche, hatten. Von je 100 Mitgliedern der Gesamtzahl kommen auf die freien Gewerkschaften 83,9, auf die deutschen Gewerkvereine 2,9 und auf die christlichen Gewerkschaften 13,2. Diese Anteilszahlen zeigen die starke Ueberlegenheit der Mitgliederstärke des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die anderen beiden Organisationsgruppen, die sich nach dem Ausbruch der Revolution in noch viel höherem Maße herausgebildet hat, als sie vordem bestand. Diese Ueberlegenheit drückt sich auch in der finanziellen Leistungsfähigkeit aus.

Alle drei Organisationsrichtungen hatten 1919 eine Gesamteinnahme von 278 432 601 Mk. und eine Gesamtausgabe von 224 867 337 Mk.; das Vermögensbestand belief sich am Schlusse des Jahres auf 156 296 928 Mk. Von je 100 Mk. der Gesamteinnahme und -ausgabe kommen auf die einzelnen Gruppen:

	Einnahme	Ausgabe
Freie Gewerkschaften	88,82	89,57
Deutsche Gewerkvereine	1,98	2,16
Christliche Gewerkschaften	9,20	8,27

Pro Mitgliede betrug der Durchschnittsanteil der Einnahme, der Ausgabe und des Vermögens

	Einnahm. Mk.	Ausg. Mk.	Vermög. Mk.
bei den freien Gewerkschaften . .	45,13	36,76	31,88*)
bei den Deutschen Gewerkvereinen	29,03	25,56	15,57
bei den christlichen Gewerkschaften	29,84	21,68	23,49

Es verausgabten für:

	sämtl. Unterstützungen insges. Mk.	p. K. Mk.	Reise- u. Arb. losenunterstütz. insges. Mk.	p. K. Mk.	Gemaßreg. u. Streikunterst. insges. Mk.	p. K. Mk.
Freie Gewerkschaften	44408876	8,11	27666206	5,61	45808966	8,36
Deutsche Gewerkvereine	466911	2,46	395604	2,13	† 889302	4,68
Christliche Gewerkschaft.	2649442	3,09	585661	0,83	1699658	1,97

Das größte Vertrauen, was der Massenzustrom beweist, wird von den arbeitenden Schichten den freien Gewerkschaften entgegengebracht. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl im Jahre 1919 ungefähr verdoppelt, die freien Gewerkschaften dagegen haben dieselbe in dem gleichen Zeitraum beinahe verdreifachen können. Das ist ein Ausdruck des Vertrauens, das sich die freien Gewerkschaften in ihren jahrzehntelangen Kämpfen gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Unternehmertums bei der Arbeiterschaft erworben haben. Die Gewerkschaften mit ihren Millionenzahlen an Mitgliedern bilden einen unbesiegbaren Machtfaktor, jedoch nur dann, wenn sie trotz verschiedener Meinungsverschiedenheiten einen innerlich gefestigten Körper darstellen. Diese Tatsache haben die besonnen urteilenden Kreise in den verschiedensten Parteien bisher gelten lassen müssen. „Niemand denke daran, die Gewerkschaften zu zerschlagen", wurde wiederholt im Parteistreite von Vertretern der verschiedenen Parteirichtungen erklärt. Es muß heute eindringlichst verlangt werden, daß diese Zusicherung von jeder Seite auch gehalten wird. Es wäre eine Unverantwortlichkeit sondergleichen, wenn von irgend einer Seite nur versucht würde, das feste Bollwerk der wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse zersplittern zu wollen. Gleichgültig, welche politische Ueberzeugung die Gewerkschafts-

*) Berechnet unter Ausschluß der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, der keine Angabe über das Vermögen machte. † Die Ausgaben der Begräbniskassen, Krankenunterstützung und Sterbegeld sind hier ausgeschieden.

mitglieder auch haben, müssen alle sich einig sein in dem Gedanken, diese wirtschaftliche Kampforganisation nicht nur zu erhalten, sondern zu fördern und weiter auszubauen.

Der ungeheuere Machtzuwachs stellt die Gewerkschaften vor neue Aufgaben. Er ermöglicht es aber auch, daß die Arbeiterschaft im Stande ist, genau wie das Unternehmertum es bisher schon tat, zu gegebener Zeit ihre wirtschaftliche Macht in die Wagschale zu werfen. Diesem muß aber eine geistige Umstellung der Massen in den Gewerkschaften auf die kommenden Aufgaben vorausgehen. Die noch vorhandenen Streitpunkte müssen sachlich ausgetragen werden, damit eine Klärung erfolgt. Das ernste Problem der Arbeitslosigkeit drängt zur positiven Arbeit. Zur Abwehr der politischen Reaktion muß sich auch die Gewerkschaftsbewegung stets gewappnet zeigen. Für das brennende, gewaltige Problem der Sozialisierung haben die Gewerkschaften in außerordentlichem Maße Vorarbeit zu leisten. Es gilt, die Gewerkschaften zu Trägern einer neuen, besseren Wirtschaftsordnung auszugestalten. Die Entwicklung weist uns den Weg zum Sozialismus. Sorgen wir als Gewerkschaftsmitglieder dafür, den uns daraus zufallenden Aufgaben gerecht zu werden.

Neueste Vorgänge.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat sich mit dem Gesetzentwurf über die Betriebsbilanz beschäftigt. Dieser Gesetzentwurf ist von den Arbeitervertretern sämtlicher Richtungen abgelehnt worden, während die Arbeitgebervertreter geschlossen für ihn stimmten. Den Ausschlag gaben zugunsten des Entwurfs Vertreter der Verbraucher und der freien Berufe. Im Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat der Entwurf trotz Widerspruchs der Arbeitervertreter demnach eine Mehrheit gefunden. Voraussichtlich Anfang Dezember wird sich das Plenum des Reichswirtschaftsrates mit der Vorlage beschäftigen.

Nach Angaben des Referenten Dr. Borgius auf dem Deutschen Außenhandelstage in Berlin ist der Handelsvertragsverein an einer Aktion zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland beteiligt. Gegen Hinterlegung von 50 Millionen Goldmark seitens Rußlands an einer neutralen Stelle würden deutsche Kreditinstitute die erste Lieferung von Fabriken nach Rußland finanzieren. Dr. Trendlenburg führte auf der gleichen Tagung in seinem Referate aus, daß in England und Argentinien Antikommingesetze in Vorbereitung seien. Auch Japan und Schweden träfen Vorbereitungen, um sich gegen eine preisdrückende Wareneinfuhr zu schützen.

Der Hauptausschuß des Reichstages nahm den sozialdemokratischen Antrag auf Verbotes der gewerbsmäßigen Herstellung von Kuchengebäck an.

Eine geheime Abstimmung unter den Bergarbeitern des Zwickauer Steinkohlenreviers hat eine Zweidrittelmehrheit gegen das Verfahren der 8. Stunde ergeben.

Die Berliner Gewerkschaftskommission nahm scharf Stellung gegen den Erlaß der Regierung zum Schutze gegen wilde Streiks, mit dem Hinweis darauf, daß seitens der Elektrizitätsarbeiter die Notstandsarbeiten ausgeführt worden seien. Es wird darauf verwiesen, daß gegen andere Kreise, die gegen das Gemeinwohl sich vergangen haben (Betriebsstillegungen, Nichterfüllung der Ablieferungspflicht von Lebensmitteln und dergleichen), nicht mit dergleichen drakonischen Bestimmungen vorgegangen worden ist. — Die Behauptung, daß der Wortlaut dieses Erlasses mit der kommenden Schlichtungsordnung in Zusammenhang stehe, wird aus Regierungskreisen in Abrede gestellt.

Gegen die von der Entente geforderte Ablieferung von 810 000 Milchkühen hat in ganz Deutschland eine lebhafte Bewegung eingesetzt, da diese Maßnahme den Ruin für die Ernährung der Kinder bedeuten würde.

Die vorläufig zusammengestellten Ziffern der Viehzählung im Deutschen Reiche vom 1. September dieses Jahres sind die folgenden: (Die Ziffern der Zählung vom 1. September 1919 sind in Klammern danebengesetzt.)

Kühe	8 790 852	(8 562 981)
Stiere, Ochsen und Bullen	1 025 039	(996 786)
Rindvieh, 1—2 Jahre alt	2 783 043	(2 372 386)
Rindvieh, 8 Monate bis 1 Jahr alt	2 700 463	(2 701 141)
Kälber unter 8 Monate alt	1 694 079	(1 654 502)
Schafe über 1 Jahr alt	4 199 280	(3 984 869)
Schafe unter 1 Jahr alt	2 403 524	(2 126 516)
Ziegen über 1 Jahr alt	3 150 057	(3 042 123)
Ziegen unter 1 Jahr alt	1 718 919	(1 623 975)

Die sächsischen Landtagswahlen brachten eine wesentliche Verstärkung der Rechtsparteien. Die Deutschnationale Partei hat 7 Sitze, die Deutsche Volkspartei 14 Sitze gewonnen. Die sozialistischen Parteien verloren 8, die Demokraten 14 Mandate.

Der Hessische Bauernverein, die größte Bauernorganisation der Provinz Hessen-Nassau, hat auf einer Marburger Tagung den korporativen Beitritt zum Jungdeutschen Orden, der südwestdeutschen Sektion der Oracsch, beschlossen. Die Bewegung unter den verfassungstreuen Teilen der Bevölkerung ist groß.

Die Berliner Portiers (Hausmeister), 20 000 an Zahl, sind in den Ausstand getreten.

Laut „Vorwärts" steht das Ruhrgebiet vor einem Beamtenstreik.

In Bayern wurde der Landtagsabgeordnete und Volksschullehrer Niekisch, der aus politischen Gründen sich in Festungshaft befindet, vom Schuldienst entlassen. Als Grund wird angeführt, er habe sich als Lehrer unmöglich gemacht.

In Berlin tagte ein Reichskongreß der Erwerbslosenräte. Eine Delegation wurde beauftragt, die Forderung auf neue Unterstützungssätze und auf Ausdehnung der Unterstützung über 26 Wochen hinaus beim Reichsarbeitsministerium vorzubringen. Das im Entwurf vorhandene Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde ohne jede Diskussion abgelehnt.

Einer Meldung aus Newyork zufolge hat Wilson das Begnadigungsgesuch des wegen „Einverständnisses mit dem Feinde" zu 10 Jahren Gefängnis verurteilten sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Debs abgelehnt, mit der Begründung, daß dies eine Ermutigung zum Landesverrat im Falle künftiger Kriege bedeuten würde. Der Wilson des „dauernden und gerechten Friedens" scheint unheilbar geistesgestört zu sein.

In Ungarn gab die Ermordung eines Polizeibeamten durch einen terroristischen Offizier Anlaß zu einer Gegenaktion der Bevölkerung. Polizei und Soldaten verhafteten in Budapest und im Lande überall die Terroristen.

Der Dampfer „Crimmic" konnte den Hafen von Marseille (Frankreich) nicht verlassen, weil die Seeleute zuerst die Ausladung von Munition, die sich an Bord befand, verlangten.

Lohnabbau.

Aus einem im „Vorwärts" veröffentlichten Geheimzirkular einer Arbeitgeber-Spitzenorganisation geht hervor, daß ein großzügiger Plan für den Lohnabbau in Unternehmerkreisen ausgearbeitet ist und zur Durchführung gebracht werden soll. Das Geheimzirkular schreibt den Unternehmern für die nächste Zeit als Lohnpolitik vor, „ein weiteres Steigen der Löhne zu verhüten". Die in diesem Sinne ausgegebene Parole, keine Lohnerhöhungen mehr zu bewilligen, sei im allgemeinen befolgt worden, „auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht". Gegen eventuelle Teilstreiks zur Durchführung von Lohnaufbesserungen wird die Aussperrung der Arbeiterschaft eines Bezirks angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schiedsspruch mit einschränkender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilmachungskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben.

Zu diesem Verhalten glaubt sich die fragliche Unternehmerorganisation berechtigt, da die Lebensmittelpreise und die gesamten Kosten des Lebensunterhalts in den letzten beiden Monaten „erheblich gesunken" seien.

Eine weitere Anordnung geht dahin, keine neuen Tarife abzuschließen, ohne für Wiedereinführung der Akkordarbeit und für volle Ausnützung der 48stündigen Arbeitszeit Raum zu schaffen. Ueber die gesetzliche Arbeitszeit hinaus müßten Ueberstunden zugelassen werden; eine Reihe von Demobilmachungskommissaren erteile bereits „generell die Genehmigung für diese Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit".

Der nächste Punkt dieses Aktionsprogramms beschäftigt sich mit dem Lohnverhältnis der ungelernten Arbeiter, deren Lohn von dem gelernter Arbeiter einen größeren Unterschied aufweisen müsse, im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Bestrebungen, den Lohn für beide Arbeiterkategorien, wenn sie die gleiche Arbeit verrichten, gleichzustellen.

Mit dem direkten Lohnabbau soll bei den jugendlichen und unverheirateten Arbeitern begonnen werden, da deren Löhne „relativ zu hoch" seien. „Zur Vorbereitung des Lohnabbaues" — heißt es wörtlich — „mit dem man am besten beim Bergbau und den chemischen Industrien beginnen würde, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte, sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen".

Von einer burgfriedlichen Gesinnung bei den Unternehmern legt dieses Rundschreiben wohl kein Zeugnis ab, jedoch auch ohne Bekanntwerden des Geheimzirkulars weiß die Arbeiterschaft, woher der Wind weht. Das Fortbestehen der Teuerungsverhältnisse wird bestritten, die zur Beseitigung strengster Objektivität verpflichteten Schlichtungsbehörden werden von den Unternehmern im Sinne ihrer dunklen Pläne bearbeitet, die Betriebsräte sollen willige Werkzeuge der Ausbeuter abgeben. So wird gegen die Arbeiter gewühlt, wird unablässig an der Herabdrückung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gearbeitet. Das geht solange, bis die Unternehmer den verdienten Sturm ernten, der sie schließlich hinwegfegen wird.

Der Arbeitgeber als Steuererheber.

Von Dr. jur. Roeder, Berlin-Schöneberg.

Ueber den Steuerabzug, den der Arbeitgeber in Gemäßheit des § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes zu treffen hat, herrschen in beteiligten Kreisen immer noch Unstimmigkeiten. Um hier alle Zweifel zu beseitigen, geben wir nachstehend für unsere Leser Richtlinien, die sich auf die letzte Bekanntmachung des Reichsfinanzministeriums sowie auf die Steuerrechtsprechung stützen.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, 10 Prozent vom Hundert des Arbeitslohnes einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken, die bei jeder Post erhältlich sind, einzukleben und diese zu entwerten. Wird ein Listensystem geführt, so sind die einbehaltenen Beträge direkt der Steuerbehörde zuzuführen. Die Steuerabzugsberechnung hat ab 1. Oktober 1920 nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen:

1. Ständig beschäftigte Arbeitnehmer. Vor der Steuerabzugsberechnung sind abzusetzen:

a) für jeden ledigen Arbeitnehmer, der im Tagelohn steht, 5 Mark für den Tag, bei monatlicher Gehaltszahlung 125 Mark, ferner die Beträge zur Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung zu Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden;

b) für jeden verheirateten Arbeitnehmer tritt außerdem ein weiterer steuerfreier Betrag hinzu: für die Ehefrau des im Tagelohn stehenden Arbeitnehmers 1.50 Mark für den Tag, im Wochenlohn stehenden Arbeitnehmers 10 Mark die Woche, im Monatslohn stehenden Arbeitnehmers 40 Mark den Monat. Hat dieser

„Herzschläge."*)

Bekenntnisse eines Arbeiters von Jakob Rasquin.

Ein schlichtes Buch liegt auf meinem Tisch. Zu mir spricht die mundurchkämpfte warme Sonne aus dem Herzschlag eines Dichters, der nur Mensch ist: Bruder, Arbeiter, Bergbahner für viele. Ich hab' ihn oft gesprochen. Das Leben, wie die Liebsten seiner Kinder, hat ihn in allen düstern Dingen, die es hell und schön machen, nicht beglückt. Aber je länger ich sein grades Wort hörte, je klarer wurde mir, wie reich dieser Mann ist durch den Schatz seines Empfindens. Wer weiß, ob dem Volk dieser einfache Dichter geblieben wäre, wenn ihn der ewige Kampf gegen oben in dasselbe Licht des Tands und hohlen Glanzes geschleudert hätte? Aber dazu ist Jakob Rasquin nie der Mann gewesen. Das Werk eines armreichen Lebens liegt vor uns, das predigt Liebe, Liebe der Gasse, Liebe dem Wald, Liebe den Tieren und Liebe den Menschen. Das Bändchen bringt all die Verse und Gedanken zusammen, die seit Jahren in vielen Zeitschriften erschienen sind, und viele neue dazu. Eine schlichte Sprache, einfach, gerade im Reim, abhold aller Künstelei. So sind die Gedichte geworden, was sie sein wollen: ein Geschenk für die Gesamtheit des arbeitenden Volkes.

Rasquin nennt die Arbeit ein Bekenntnis. So spricht er denn sein Leben von Jugend an in ergebener Wahrheit und harter Liebe:

Noch klingt's als Mann mir, wie die Mutter schalt:
„Geh' aus den Füßen, Kind, lauf auf die Straße!"
Mir quillt es heiß ins Auge mit Gewalt,
Denn meine Kinderstube war die Gasse!

Aber hört dann ein paar Zeilen „Frühlingssehnen", die ein kleiner Spatz seiner Spätzin pfeift:

„Mein Schatz, wir sind ja überreich.
Schau dort, die Kirschen möchten blühen;
Gepflückt und weich der Felder Schwarten;
Frau Sonne will ihr Gold versprühen,
Warum noch warten, Lieb, noch warten?"
So stammelt's oben leis und flicht's.
Still saß ich unterm Birnenbaum.
Der Erdruch stieg, die Knospen drängen, —
Ich dacht an meinen Maientraum. —
Ein Sehnen wollt das Herz zerspringen.

Deutsche Dichter haben oft von ihren Maienträumen gesungen. Dennoch klingt aus diesen Versen ein Besonderes, eine seltene Liebe zur Natur, ein Vernachtensein, Erleben mit ihr:

Wenn ich am Waldesrand einsam schreite,
Die Gräben wiegen leicht ihr Haupt,
Der Bach zieht schweigend hin zur Weite,
Es nickt der Farren, schwer belaubt,
Ein einzig Rauschen geht im Tale,
Ein selger Schimmer flüht das Feld,
Dann kommt das Glück mit jedem Strahle:
Dann bau' ich meine eigne Welt.

Ja, es ist die „eigne Welt", die ihn immer wieder kräftigt und ermutigt. Sie lebt in seiner Brust und in seiner Heimat. „Heimatschnen", ganz einfach, ganz zart sagen die Frühlingsverse aus Frankreich:

Hier steh' ich nun in fremdem Land
An eines Baches Weidenrand;
Wie kalt die gelben Wasser rauschen!
Die Himmelsschlüssel um mich blühen,
Und auch die Meise locket schon,
Doch ist's kein lieber Heimatton.

Aber keine Sehnsucht in Einsamkeit mehr. Das Glaubensbekenntnis eines mit dem All Verbundenen finden die Verse von der Wiese zu Bouziers, wo Rasquin als Landsturmmann stand:

Hehres Schweigen. Und doch reden
Tausend Leben ihre Sprache.
Wie es summt und raunt im Schimmer! . . .
Und inmitten all des Lebens,
Und inmitten des Gesunkels
Steht im Grabe eine Pappel,
Streckt wie betend ihre Aste
Auf zur Bläue, auf zum Lichte;
Drinnen singt ein Vöglein
Eine wunderzarte Weise.
Und es lehnt am Stamm des Baumes
Still ein Mensch in heil'ger Andacht;
Und er fühlt sich eins mit allem!

Rasquin wurzelt tief im rheinischen Boden. Seine Gedichte in kölnischer Mundart sind voll altkölnischen Geistes, gemütvoll und gemütlich, voll Humor, zum Teil eine kleine Welt für sich. Aber als Arbeiterdichter will er mehr geben, und so spannt er das Feld weiter, Vorkämpfer, Mitkämpfer, Sieger! Die Spatzengeschichte im „Traum des Lehrers Merten" soll nicht vergessen sein. Gewiß hat Rasquin Besseres geschrieben als diese naiven, unpolitischen Reime. Und doch ist da ein Kapitel „Spatzenkriege", das den Sieg von fünfzig frechen Sperlingskämpen über einen armseligen Starmatz schildert. Alfred, der General und Held, sammelt seine mutigen Scharen und spricht ihnen zum abschreckenden Beispiel vom Krieg der Menschen, vom Massenmord. Jene Zeilen vom Priesterlehren über die Nächstenliebe: „Herr, o leite unsre Rache, führe deine heil'ge Sache, gib den Feind in unsre Hand", leiten über zum persönlichen Erleben, die Schilderung einer Schlacht im blühenden Frühling, die den Dichter rufen läßt: „Ist es eine Herde Tiere, die man in den Tod dort jagt?" — Einfachste Sprache dient seinem Vers, und so entwirft er klarste Bilder, entsetzengehäuft, die in ihrer geraden Plastik Dürrersche Holzschnitte erstehen lassen. Einer, der alle liebt, schreit um den Tod aller. „Und die wollen Menschen sein?"

Im „Hilfsdienst von gestern" läßt Rasquin in hartem Leid, in unterdrücktem Zorn gegen die Zwingherrin des Elends voll den Mann des Volkes sprechen: „Ich möcht dem Feind die Bruderhände reichen, ich bin der Friede selbst — und drehe — die Granaten!" Aber noch ist die Freiheit nicht gekommen. In kraftvoller Sprache feuert er in seiner „Hundegeschichte" von den reichen Müllern, die ihre treuen Hunde verbluten lassen und protzig und schützend unnütz dabei stehen, seine Brüder an, die Hunde waren durch Jahrhunderte. Jubel über „Das Leuchten in der Ferne" wird ihm die russische Revolution: „Die ganze Welt erchern wir." Und immer wieder stellt er dabei sein Erleben hin in dem prachtvollen „Gut ab vor dem Arbeitsmann", „Dem Mann für alles, der Werte schafft mit des Leibes Kraft, der Berge versetzt und durch Riesenkanäle Länder verbindet, der da steht, einfach und mächtig — Gut ab!" Des bittern Hohnes voll ist der Sang vom „alten Heldengreis Rau, den der Kaiser als Bettler sterben ließ: „Wer will ein Kreuz von Eisen erben!" Die Empörung des Volkes steigt auf, das nie sein Elend den Schuldigen vergessen wird. Die Arbeitslosen, die Toten, die Lebensmunden, alle, alle rufen die Wache mit, die der Mann der Kelle zum alten Kriegsherrn spricht: „Den Gipfel hat deine Macht erklommen, sie stürzte, eine neue Welt wird kommen, kein Schwert, hier diese Hand wird sie gestalten!"

Da kommen ihm die Freiheitslieder. Nicht in heißem Jubel, in einseitigem Preisen. Sein Jubel trägt den Unterton des leidvoll Innigen, er kann das Elend nicht vergessen. Er hält es den Brüdern immer wieder vor Augen. Das läßt ihn auch die Worte finden „an die Brüder drüben", die unsre Feinde waren. Er ruft ihnen zu, daß das deutsche Volk die Ketten der Gewalt und die Kronen zerbrach. Und er mahnt: „Spannt nicht die Freiheit in den Siegeswagen!" Der wahre Sieger, der das Schwert des Geistes trägt, darf herrlich künden:

Erwachen uns Flügel,
Wir streben zum Lichte
Und trinken des Aethers
Urkräftiges Leben in tiefen Zügen. . . .
Es tragen die Flügel
Uns wieder zur Erde:
Wir schaffen sie herrlich
Zum Paradiese
Und wirken der Wunder;
Denn wir sind Götter:
Denn wir sind frei, sind frei, sind frei!

Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben viele Arbeiterdichter ihre Bücher herausgegeben. Laßt mich Jakob Rasquin nicht mit Bröger, mit Lersch oder mit Barthel vergleichen! Ihre Kunst ist vielleicht durchfeilter, von glatter Kultur, sicherer vielleicht auch ihr Reim. Leß und prüft Rasquin nicht mit den Maßstäben der Literatur, — nehmt sein Werk als menschliches Dokument unsrer Tage. Kaum einer hat die Mannigfaltigkeit der Stimmungen, die der beseelte moderne Arbeiter empfindet, ursprünglicher, reicher wiedergegeben, als Jakob Rasquin. Von Not, Schicksal und Erlösung redet der Volksmann zum Volke.

Die dem einfach, doch höchst sorglam ausgestatteten Buche beigegebenen Holzschnitte zeichnete der Kölner Künstler Johann Hartmann, dessen Werk der Mittelpunkt der Ausstellung für das werktätige Volk" im vorigen Jahre gewesen ist. Auch er ist aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, auch er kämpft schwer um die materiellen Mittel des Lebens. Erst vor zwei Jahren vertauschte er infolge einer Kriegsverwundung die Schusterahle mit Stift und Stichel. Seine Blätter, wie der Friedensbaum, die Abbruchsmauer und die Arbeitslosen, die in den Gedichten Rasquins in harmonischer Einheit aufgehen, können zu den besten Proben von Hartmanns Kunst gerechnet werden. Schlicht, herb und doch der sehnsüchtigen Hoffnung voll.

Ich wünsch Rasquin und seinem Begleiter, daß ihr gemeinsames Werk in jedes Arbeiterhaus einziehen möge. Dieses Buch ist ein Geschenk für jeden, der sich über den Alltag schwingen will und einen Helfer sucht, zu bauen an seiner „eignen Welt".

Ellie Beyer.

*) Im Verlage von Gilsbach & Ko. („Rheinische Zeitung") erschienen soeben „Herzschläge" von Jakob Rasquin. Das schön ausgestattete, fast 200 Seiten umfassende Buch, das der Kölner Holzschneider Johann Hartmann mit Schnitten geschmückt hat, kostet in festem Karton 12 Mark. Es ist durch die Buchhandlung der „Rheinischen Zeitung", Ursulaplatz 6, zu beziehen.

Arbeitnehmer **minderjährige Kinder**, so ist für jedes Kind derselbe Betrag wie für die Ehefrau abzusetzen. Als „Kinder" zählen auch die im Haushalt dieses Arbeitnehmers lebenden Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder.

Die Lösung besonderer steuerrechtlicher Fragen liegt im übrigen nicht dem Arbeitgeber, sondern dem Finanzamte ob. Ist beispielsweise ein lediger Arbeitnehmer der Ansicht, daß der seinen Eltern oder Geschwistern ganz oder teilweise von ihm gewährte Unterhalt (Familienernährer) ebenfalls die Freistellung eines höheren Betrages bedinge, so ist er dieserhalb vom Arbeitgeber an das Finanzamt zu verweisen, welches eine sofortige entsprechende Erstattung des überzahlten Betrages anordnet bezw. eine Bescheinigung über den freistehenden Betrag ausstellt.

c) Beim **ständig beschäftigten Arbeitnehmer** hat der Arbeitgeber von dem dem Abzug unterliegenden Teil des Arbeitslohnes (d. h. des Lohnes **vermindert** um den zulässigen Abzug) folgende Kürzung vorzunehmen: wenn der jährliche Arbeitslohn (300 Arbeitstage, 50 Wochen, 12 Monate) die Summe von 15 000 Mark nicht übersteigt, 10 Prozent; beträgt der Arbeitslohn mehr als diese Summe bis zu 30 000 Mark, so sind für die ersten 15 000 Mark 10 Prozent und den überschießenden Teil 15 Prozent in Abzug zu bringen.

2. **Nicht ständig beschäftigte Arbeitnehmer.** Der gesamte Arbeitslohn unterliegt dem Steuerabzuge. Nur dann bleibt ein Teil des Arbeitslohnes vom Steuerabzuge frei, wenn der nicht ständig beschäftigte Arbeitnehmer bei der Lohnzahlung dem Arbeitgeber eine Bescheinigung des Finanzamtes vorlegt, worin die Höhe des abzugsfreien Teiles des Arbeitslohnes festgesetzt ist. Der Lohnabzug beträgt unterschiedslos 10 Prozent.

3. **Besondere Haftung und Strafvorschriften für den Arbeitgeber.** Der Arbeitgeber haftet der Steuerbehörde für den richtigen Eingang der von den Arbeitnehmern geschuldeten Steuern. Es ist von verschiedenen Seiten die Besorgnis ausgesprochen worden, es könnte von manchem Arbeitgeber der einbehaltene Betrag nicht alsbald zur Steuerentrichtung benutzt, sondern vorläufig zur zinslosen Verstärkung der Betriebsmittel des Arbeitnehmers verwertet werden. Wir verweisen deshalb an dieser Stelle auf einen Aufsatz in der Zeitschrift für Gewerbe- und Kaufmannsgericht Nr. 1 vom 1. Oktober 1920, worin ausgeführt wird, daß der Arbeitgeber sich bei einem solchen Verfahren den schweren Strafen des § 53 des Einkommensteuergesetzes aussetzt. Bei nicht rechtzeitigem Steuerabzug verliert der Arbeitgeber den Anspruch auf Erstattung der rückständigen Steuerbeträge gegen den Arbeitnehmer. Der Arbeitnehmer braucht sich also den verspäteten Abzug nicht gefallen zu lassen.

Deutsche Kinderhilfe.

Unter diesem Namen haben sich mit dem Einverständnis aller Arbeitnehmerorganisationen die zentralen Wohlfahrtsverbände Deutschlands zusammengetan, um in der Zeit vom 28. November bis 12. Dezember eine **Volkssammlung für das notleidende Kind** zu veranstalten. Es wird von den Wohlfahrtsverbänden folgender Aufruf erlassen:

„Kinder in Not!

Groß ist die Not unseres Volkes. Am schwersten tragen diejenigen an unserer Not, welche nicht für sich selbst sorgen können, besonders unsere Kinder. Entsetzlich sind die Tatsachen, die aus den trockenen Zahlen der Statistik zu uns sprechen. Die körperliche und geistige Verelendung unserer Jugend ist furchtbar.

198 Kinder im Alter von 1—15 Jahren starben im Jahre 1913 an Influenza, dagegen im Jahre 1918 erlagen 22 800 Kinder dieser verheerenden Krankheit. Die Tuberkulose führte in der gleichen Altersstufe im Jahre 1913 zu 7425 Todesfällen und 1918 waren es 11 739 Kinder, die von dieser Volkseuche dahingerafft wurden. **Weit über 2 Millionen Kinder sind stark unterernährt, Hunderttausende sind tuberkulös und rachitisch.**

Hilfe tut not. Der finanziell erschöpfte Staat kann nicht in dem notwendigen Maße eingreifen. Das Ausland hat sich der Kinder schon angenommen. Hunderte Millionen wurden in den außerdeutschen Staaten aufgebracht zur Linderung des Elends der deutschen Kinder. Mit unserem Dank dafür ist nicht genug getan.

Auch die Arbeiter und Angestellten müssen trotz größter Not selbst nach bestem Vermögen beitragen zur Rettung unseres eigenen Nachwuchses. Darum wurde von den großen Wohlfahrtsorganisationen **unter Zustimmung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Deutsche Kinderhilfe** ins Leben gerufen. Sie hat Geldsammlungen in allen Kreisen der Bevölkerung vorgenommen, das gesammelte Geld soll da verwandt werden, wo die Not am brennendsten ist.

Deutsche Arbeiter, macht die Sache zu der Euren! Ihr kennt die Not am besten und Euren Kindern kommt das Ergebnis der Volkssammlung zu gute. Gebe jeder nach seinen Kräften, keiner schließe sich aus!"

Vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund ergeht folgender Aufruf, zu dieser dringenden gemeinnützigen Sammlung nach Kräften beizusteuern:

Aufruf zur Volkssammlung für das notleidende Kind.

Kinder in Not!

Diese Tatsache hat die acht großen Zentralorganisationen für Wohlfahrtspflege zu einem gemeinsamen Hilfswerk vereinigt, um durch Aufbringung privater Mittel der Wohlfahrtspflege neue Kräfte zuzuführen, die einzig und allein die Erhaltung und Gesundung unserer Kinder dienen sollen.

Der Krieg hat unerhörte Verluste an Menschenleben und schwere Einbuße an Gesundheit bei Männern und Frauen gekostet; furchtbar sind aber die Folgen jahrelanger Nahrungsnot für unsere Kinder. Hier droht der Zukunft ernsteste Gefahr. Kindertuberkulose und Säuglingssterblichkeit sind in erschreckendem Maße gewachsen, unermeßlich ist die Not, die sich zum Teil verschämt vor jedem Auge verbirgt. Viele Hunderttausende von Kindern sind krank und gehen mit unterernährtem, geschwächtem Körper ins Leben, die kümmerlichste Kleidung muß verbergen, daß kein Hemd den abgezehrten Körper deckt. Der kommende Winter wird diese Leiden noch unendlich vermehren.

Reich, Staat und Gemeinde sind zurzeit allein außerstande, diesem Notstand zu wehren, deshalb muß die freie Liebestätigkeit einsetzen, um dem Schlimmsten vorzubeugen.

An unsere Gewerkschaftsgenossen in Stadt und Land, besonders aber an alle Ortsausschüsse, wenden wir uns deshalb mit dem Ersuchen, die in den nächsten Wochen erfolgenden Sammlungen der „Deutschen Kinderhilfe" nach besten Kräften zu unterstützen. Die Not ist groß und nur ein Zusammenwirken aller gibt die Möglichkeit einer wirksamen Hilfe.

Die Verteilung der gesammelten Mittel liegt in den Händen eines zentralen Ausschusses und bietet Gewähr einer sachgemäßen Verwendung. Wir erwarten, daß die Solidarität unserer Gewerkschaftsgenossen zur Rettung unserer notleidenden Kinder nicht vergeblich angerufen wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
P. Graßmann.

Tarif- und Schlichtungswesen.

Lohnerhöhung im Schuhmachergewerbe in Baden.

Der im Schuhmacherfachblatt Nr. 45 mitgeteilte Nachtrag zum badischen Lohntarif ist in einigen Punkten unklar wiedergegeben. Wir lassen deshalb den genauen Wortlaut der neuen Vereinbarung nachmals hier folgen:

„Vom 1. November 1920 ab werden folgende Lohnzuschläge gewährt:

1. Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 21 Jahren 5 Prozent, für Arbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahren 10 Prozent.

Außerdem wird für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen über 24 Jahren ein Stundenlohnzuschlag bewilligt, und zwar beträgt dieser in Ortsklasse I: 21 Pfg., in Ortsklasse II: 19 Pfg. und in Ortsklasse III: 17 Pfg. Für Reparaturstepperinnen und Schaftstepperinnen (für letztere mit einer Berufstätigkeit unter 5 Jahren) gilt ein Mindestlohn von 2.50 Mark, wozu, je nach dem Alter, der in Karlsruhe bewilligte Zuschlag hinzutritt." Die Lohnerhöhungen, die bei den Verhandlungen in Karlsruhe gewährt wurden, müssen in allen Orten, **für alle Arbeiter und Arbeiterinnen bezahlt werden.**

Die Bezirksleitung, Bezirk II.

Aus unserem Beruf.

Gute Beschäftigung der sächsischen Schuhfabriken. Nach dem sächsischen Arbeitsmarktbericht für den Monat Oktober sind die Schuhfabriken gut beschäftigt; wenn trotzdem noch über 100 Schuhmacher ohne Arbeit sind, so liegt das daran, daß die Schuhschuhmacher für die Industrie nicht verwendet werden können und das Reparaturgeschäft noch recht still liegt.

Vertrustungsprojekte in der Schuhindustrie? Von einem Korrespondenzbureau wurde eine Sensationsmeldung über die Vertrustungsprojekte in der Schuhindustrie verbreitet. Die Meldung besagte u. a., der brabschtigte Kongreß, der fast alle großen deutschen Schuhfabriken umfassen werde, verfolge den Zweck, für ganz Deutschland die Verkaufspreise für Schuherzeugnisse aller Art einheitlich zu regeln. — Die ganze Meldung scheint sich jetzt als eine Pressemache aufzuklären. Herr Kommerzienrat Wallerstein-Offenbach, dem nach der Meldung die Führung des Unternehmens zugeschrieben wurde, läßt erklären, daß er mit angeblichen Bestrebungen einer Trustbildung in der Schuhindustrie nicht das geringste zu tun habe.

Vom Häutemarkt. Am Rohhäutemarkt ist die Stimmung in den letzten Wochen etwas abgeflaut, so z. B. betrug der Preisrückgang auf der Auktion in Stuttgart am 8. November, wie auch auf der Leipziger Schuhbörse am 4. November, verglichen mit den vorhergehenden Verkäufen etwa 10 Prozent. Die Häuteauktion in Berlin am 12. November zeigte flottes Angebot und Verkauf. Ochsenhäute gingen im Preis um etwa 10—15 Prozent, Kuhhäute um etwa 5 bis 10 Prozent im Preis zurück. — Auf den Lederauktionen blieben die Preise fest.

Die Volksfeindlichkeit des Lederhandels.

Der Lederhandel, der, wie allgemein bekannt ist, durch Aufhebung der Zwangswirtschaft ungeheure Gewinne eingeheimst hat, und wie man entsprechend früheren Zeitungsmeldungen annimmt, in Anerkennung hierfür dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo, Mitglied der Deutschen Volkspartei, der gleichzeitig Geschäftsführer bei den Lederhändlern ist, beinahe 90 000 Mark für Wahlzwecke usw. zur Verfügung stellen konnte, versucht neuerdings, sich Sondervorteile zu verschaffen. Der Lederhandel agitiert nämlich dafür, daß die von ihm zu zahlende August-Konjunkturgewinnabgabe in der Höhe ermäßigt werde, als während der Zwangswirtschaft ihm ein gesetzlicher Händlernutzen zustand. Obwohl das Gesetz die Konjunkturgewinne nur zu 60 Prozent einzieht, also 40 Prozent den Lederhändlern beläßt, haben die Lederhändler den Mut, noch ein weiteres Geschenk von 15 Prozent zu verlangen. Die Lederhändler wissen ganz genau, daß die Konjunkturgewinnabgaben zur Beschaffung von Schuhwerk für die minderbemittelte Bevölkerung vom Reiche verwendet werden. Seit Monaten werden die Preise für Rohhäute und Leder immer höher und die Schuhfabrikanten haben bereits erheblich höhere Preise für Schuhwerk angekündigt. Die Schuhnot der breiten Masse wird immer größer, die nasse Jahreszeit und der Winter stehen bevor, und Krankheiten sowie Einschränkungen der Berufstätigkeit müssen die Folge sein, wenn es nicht gelingt, einigermaßen ausreichende Mengen von Schuhwerk zu angemessenen Preisen der ärmeren Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Diese Notlage des Volkes sieht jedoch die Lederhändler wenig an. Hauptsache ist für sie, daß sie von ihrem Riesenkonjunkturgewinn möglich wenig abzuführen brauchen, auch wenn es der breiten Masse der Bevölkerung an dem notwendigsten Schuhzeug mangelt.

Man muß sich fragen, ob die heutigen Zeitverhältnisse dazu angetan sind, der Profitgier der Lederhändler noch weitergehende Konzessionen zu machen.

Zur Herabsetzung der überaus hohen Preise für das Schuhbesohlen hatte der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt in Aussicht genommen, aus denjenigen Sohlledern, welche die Gerber für ihre Konjunkturgewinnabgabe an das Reich abzuliefern hatten, gewisse Mengen für Reparaturzwecke der ärmeren Bevölkerung zu überweisen. Diese Absicht wurde dadurch vereitelt, daß man gerade bei denjenigen Gerbern, welche für die Ablieferungspflicht von solchem Sohlleder in Betracht kamen, die Ablieferungspflicht von Sohlleder in einen den tatsächlichen Verhältnissen nicht ausreichend Rechnung tragenden Geldbetrag umwandelte. Hierfür hatte sich auch der Lederhandel eingesetzt, offenbar, weil es ihm lieber war, daß er die Sohlleder erhielt, als die ärmere Bevölkerung, denn der Lederhandel kann ja aus dem Verkauf dieser Leder wieder recht anständigen Profit ziehen.

Im Jahre dieses Jahres hat das Pfund rohe Rindhaut 8 Mk gekostet; es ist in diesem Monat schon bis auf 20 Mark gestiegen. Das gleiche gilt von rohen Kalbfellen, die von Juni bis Oktober von 9 Mark auf 28 Mark hochgegangen sind. In einer Zeit so erheblicher Verteuerung des Grundstoffes für einen so wichtigen Bekleidungsartikel, wie es Schuhe sind, hat die Regierung die Pflicht, es zu verhindern, daß der Lederbranche weitere Sondergewinne in den Schoß geworfen werden.

Profitneid der Innungsmeister und Beschaffungsstellen.

Die Zunftmeister in Bayern laufen neuerdings Sturm gegen die staatliche orthopädische Beschaffungsstelle, die errichtet worden ist, um diejenigen Kriegsbeschädigten, die infolgend ihrer Verletzung besonderes Schuhwerk benötigen, den individuellen Erfordernissen angepaßt, mit Schuhwerk zu versorgen. Die Angriffe, die auch zu einer Beratung im Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages führten, gipfelten besonders in folgender Pressenotiz, die insbesondere durch die Zentrumspresse ging:

„In Nürnberg befindet sich eine sogenannte Beschaffungsstelle, ein Reichsbetrieb für orthopädische Schuhe. Im Betrieb sind 25 Gehilfen und ein Werkführer beschäftigt, die zusammen wöchentlich bei 44stündiger Arbeitszeit 35 Paar Schuhe fertigen. Stundenlohn 5.30 M. Die Herstellungskosten für ein Paar solcher Schuhe steigen (ohne Leder) auf 190.00 M. Nach dem Verkaufspreis ergibt sich für das Reich ein jährlicher Fehlbetrag von 200 000 M. Der Handwerksmeister würde 72.00 M Herstellungskosten berechnen. Die mehrfach schon ausgesprochene Kündigung nehmen die Arbeiter nicht an. Sie sagen, sie ließen sich nur vom Arbeiterrat kündigen und der kündigt natürlich nicht, weil er sich ins eigene Fleisch schneiden müßte."

Diese Behauptungen stehen jedenfalls mit den Tatsachen stark in Widerspruch. Denn der Betriebsrat der staatlichen orthopädischen Beschaffungsstelle sieht sich genötigt, folgendes festzustellen:

„Die in der Notiz gegebene Darstellung entspricht in keinem Satze der Wahrheit. Die Urheber derselben beabsichtigen, die Oeffentlichkeit, insbesondere die Kriegsbeschädigten, irrezuführen, sie gegen die staatlichen orthopädischen Werkstätten aufzubringen und Stimmung für die Forderungen gewisser Interessentenkreise des Privatgewerbes zu machen. Das Ganze ist eine Fortsetzung des seit langem mit unlauteren Mitteln aus Geschäftsneid geführten gehässigen Kampfes gegen den Fortbestand der den Orthopädie-Privatgewerbe unangenehmen staatlichen Werkstätten. In der orthopädischen Schuhmacherwerkstätte der Staatlichen Orthopädischen Beschaffungsstelle Nürnberg werden bei voller Beschäftigung nachweislich dieselbe Stückzahl orthopädischer Stiefel in derselben Zeit hergestellt, wie in den Werkstätten der Privatfirmen. Die Herstellungskosten von 40 Paar orthopädischen Stiefeln beispielsweise betragen nach den z. Zt. geltenden Kalkulationen mit allen Unkosten in der Orthopädischen Beschaffungsstelle M 1300.— bis M 1400.— weniger wie bei den Privatfirmen. Die Handwerksmeister des orthopädischen Schuhmachergewerbes berechnen nach Anweisung des Kalkulationsbestes für die Herstellung eines Paares Normal-Maßstiefel, ohne Materialkosten, nicht M 72.— wie angegeben, sondern M 141.80. Die Berechnung erhöht sich bei den sehr verschiedenen orthopädischen Arbeiten bis auf Mk. 200.—. Wenn die Handwerksmeister durch ihre Abgeordneten im Wirtschaftsausschuß des Landtages haben vortragen lassen, daß die Orthopädische Beschaffungsstelle Nürnberg den Preis für ein Paar Stiefel mit M 700.— bis M 800.— berechnet, wogegen sie vom Privatgewerbe für M 200.— bis M 300.— geliefert werden, so ist dies eine unwahre Behauptung ohne den Tatsachen entsprechende Unterlagen.

Die Erhaltung der Orthopädischen Werkstätten ist nach uninteressiertem Sachverständigenurteil von großem Wert für die Kriegsbeschädigten sowohl, wie für die Allgemeinheit und den Staat. Es wird nur das Beste an Material verarbeitet und die Herstellung aller Arbeiten erfolgt in einer sorgfältigen und haltbaren Ausführung.

Die staatlichen Verwaltungsbehörden haben durch die Herstellung in eigenen Werkstätten einen sicheren Einblick und genauen Maßstab über den Wert und die Selbstkosten der Erzeugnisse, während sie sonst genötigt wären, die Fabrikation dem vereinigten Privatgewerbe zu überlassen und sich dessen naturgemäß bedingten höheren Preisforderungen auszuliefern: in Nürnberg 60 Prozent Unkosten und Verdienst.

Als Beispiel sei auf Sachsen verwiesen, wo der Staat dem Privatgewerbe für die orthopädischen Arbeiten weit höhere Preise zahlen muß, als sie in den staatlichen Werkstätten Bayerns zu stehen kommen. Beweis: Preisliste der Sächsischen Vereinigung für Orthopädie-Schuhmacherei in Dresden.

Eine Besichtigung der staatlichen Orthopädischen Beschaffungsstelle Nürnberg dürfte die Unhaltbarkeit der Angriffe bestätigen."

Wo steht der Feind?

(Eingesandt.)

Wer ist der Feind der Gewerkschaften? Nicht etwa die Kollegen, die sich für Moskau betennen, die von Kampfeseifer beseelt nach vorwärts drängen. Es wäre verfehlt, gerade diese Kollegen als diejenigen zu bezeichnen, die die Gewerkschaften zerreißen wollen, von denen doch jeder soviel Verantwortungsgefühl in sich hat und haben muß, daß er sich sagt: die Gewerkschaften in ihrer Einigkeit und dazu berufen, die gesamte Arbeiterschaft zu einem einheitlichen Willen zu erziehen und ist dies erreicht, auch zum Erfolg zu führen. Deshalb seid hier vorsichtig, weg mit dem Bruderzwist, richtet Euer Augenmerk auf die Front, die uns feindlich gegenüber steht. Wir haben jederzeit bereit zu sein, um den Schlag parieren zu können, der gegen uns geplant ist. Die **Hausschuhfabrikanten** lösen sich los vom Schuh- und Schäftefabrikantenverband, was wollen sie damit bezwecken? Niedrigere Löhne und höhere Arbeitsleistung, das heißt Beseitigung des Achtstundentages. Auch die vielerorts ausbrechenden Kämpfe in der Lederindustrie zeigen, daß auch da vonseiten der Unternehmer mit der gleichen Taktik vorgegangen wird und das ist auch der Fall in **Heilbronn-Sontheim.** Gerade hier wird wieder versucht, die den Herrschaften von früher her noch im Blute liegende Ludendorffsche Gewaltpolitik durchzudrücken. Man geht hier von dem Grundsatz aus: Wird der vorwärtsdrängend.n Masse der Kopf genommen, dann wird sie schon von selbst auf der Strecke bleiben. Das gilt nämlich hier dem Arbeiterrate, bezw. Betriebsrat. Entweder werden die nicht angenehmen Mitglieder des Arbeiterrats kurzerhand entlassen, und wenn die Gründe dazu an den Hörnern herbeigezogen werden müssen, oder man verbietet dem Arbeiterrat (Betriebsrat) jede Bewegungsfreiheit innerhalb des Betriebs; ja man geht soweit, daß man dem Vorsitzenden des Betriebsrats direkt verbietet, sich während der Arbeitszeit mit den Vertreter der Organisation ins Benehmen zu setzen. Dabei ist dies ein Großbetrieb mit 600 Arbeitern, von dem gewiß nicht behauptet werden kann, daß eine Auseinandersetzung über Betriebsangelegenheiten, die gerade in diesem Betrieb oft dringender Natur sind, nicht notwendig wäre. Ueberhaupt wird hier auf jede Art und Weise versucht, dem Vertreter Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Man schweigt in Gedanken immer noch von den seligen Zeiten, der Verband im Betrieb ausgemerzt war, wo man noch ohne fremde Mithilfe Arbeitsleistung und Lohnsetzung eines jeden Arbeiters selbstherrlich vornehmen konnte. Ja, die versluchte Revolution! Die Zeiten sind vorbei, wo die Arbeiterschaft, allerdings mit der geballten Faust in der Tasche, sich unter der Knute der Unternehmer krümmte. Aber an die Betriebsräte ergeht unbeschadet dessen die dringende Mahnung, sich bewußt zu sein, daß sie es sind, die jederzeit Vorpostendienst zu leisten haben. Der Betriebsrat ist nicht nur Vermittlungsstelle zwischen Unternehmer und Arbeiter oder gar ein Dekorationsstück im Sinnungssaal, er hat das Recht und die Pflicht, die Interessen seiner Kollegen mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, gegenüber dem Unternehmer zu vertreten.

Die Betriebsräte sind hierzu mitberufen, in den kommenden Kämpfen, und daß uns die nicht erspart bleiben, dazu sind alle Anzeichen vorhanden. Deshalb seid auf der Hut, unsere Gegner waren sich immer einig, wenn es gilt, die Arbeiterschaft zu unterdrücken, und so ist es auch in Zukunft. Im ganzen kapitalistischen Chorus ertönt immer dringender der Ruf nach Abbau der Löhne, trotzdem die Arbeiterschaft in ihren finanziellen Verhältnissen schlechter dasteht, als es jemals der Fall war.

Dieser Forderung zu begegnen, ist nur von Erfolg, wenn die ganze Masse der Arbeiterschaft geschlossen und einig zusammensteht, denn in dieser Einigkeit liegt eine Stärke, die kein Hindernis zu scheuen braucht.

Aus den Zahlstellen und Bezirken.

Bremerhaven. Am Sonntag, den 24. 10. hielt die hiesige Zahlstelle im Hause „Eintracht" eine öffentliche Schuhmacherversammlung ab. Der Kollegeiter, College Kummerow-Hamburg, referierte über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage im Schuhmachergewerbe und die Lohn- und Arbeitsbedingungen". Kollege

Kummerow verstand es vortrefflich, die Kollegen in dieser Hinsicht aufzuklären. An der darauf folgenden Aussprache war zu erkennen, daß alle Kollegen mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Im zweiten Punkt sprach der erste Vorsitzende über die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Ort und führte an, daß unsere Verhältnisse nur durch einen festen Zusammenschluß der Kollegen gebessert werden können und forderte alle Kollegen auf, treu und fest zum Zentralverband zu stehen und für ihn zu agitieren. Der Besuch der Versammlung war den heutigen Verhältnissen nach ein guter. Da die Kollegen durch diese Versammlung wieder etwas aufgemuntert worden sind, wollen wir hoffen, daß auch in Zukunft unsere Versammlungen etwas besser besucht werden. — **Am 9. 10.** kündigte die hiesige Zahlstelle den mit den Innungen und der Vereinigung mechanischer Schuhmachereien abgeschlossenen Lohntarif und forderte eine 8prozentige Lohnerhöhung und eine Werkzeugvergütung von 3 Mk. pro Woche. Nach kurzem Schriftwechsel mit den Innungen und der Vereinigung mechanischer Schuhmachereien wurde der Stundenlohn dementsprechend auf 5.40 Mk. festgesetzt. Der Akkordlohn wurde ebenfalls um 20 Proz. erhöht. Der neue Tarif tritt somit am 8. 11. ds. Jrs. in Kraft. Nur durch einen festen Zusammenschluß der Kollegen sind uns die Erfolge möglich gewesen und wir bitten alle Kollegen, auch weiterhin in diesem Sinne zu arbeiten.

Naumburg a. S. Am 4. November fand unsere Monatsversammlung statt, zu der unser Gauleiter, Paul Jlmer-Erfurt, anwesend war und einen Vortrag über „Den Reichstarifvertrag für Schoßarbeiter und die neuen Unterstützungssätze hielt. Eine Stellungnahme zur Bildung politischer Arbeiterräte nach Entgegennahme des Kartellberichts wurde nicht für nötig gehalten. Notwendig ist für die Zukunft ein besserer Versammlungsbesuch, da die Interesselosigkeit nicht dazu angetan ist, ein energisches Auftreten bei Lohnverhandlungen zu ermöglichen. Einmal in jedem Monat muß sich jedes Mitglied die Zeit nehmen, seine Verbandsversammlung zu besuchen.

Nürnberg. Wie bekannt, haben die Gehilfen in anbetracht der fortgesetzten Steigerungen der Kosten für die Lebenshaltung eine 8prozentige Lohnforderung eingereicht. Am Dienstag, den 16. November, fanden gemeinsame Verhandlungen statt und wurden folgende Vereinbarungen beschlossen: „Sämtliche Löhne werden in der 1. Lohnklasse um 15 Prozent, in der 2. Lohnklasse um 10 Prozent erhöht. Der Zuschlag erfolgt auf den bisher erzielten Gesamtverdienst. Die Vereinbarungen treten mit dem 15. November 1920 in Kraft. Es muß der Zuschlag am Samstag, den 20. November, erstmalig ausbezahlt werden.

Schmölln S.-A. Achtung Schuhmacher! Bei der Firma Pehold Pfeifer sind die Kollegen und Kolleginnen wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Zuzug nach Schmölln ist streng fernzuhalten.

Pegau Sa. Warnung! Die Kollegenschaft der Firma Kauffmann & Söhne haben die Kündigung eingereicht zur Abwehr wegen Einführung der Akkordarbeit. Vor Zuzug wird gewarnt! Bericht folgt in nächster Nummer.

Vom Ausland.

Entwicklung der englischen Gewerkschaften.

Ueber die Entwicklung der englischen Gewerkschaften bringt das Reichsarbeitsblatt in Berlin folgende Darstellung:

„Für die jüngste Entwicklung der englischen Gewerkschaften ist charakteristisch ihr gewaltiges Wachstum, die Festigung ihrer rechtlichen Stellung, organisatorische Veränderungen im Aufbau und neuauftretende geistige Strömungen. Im Jahre 1892 betrug die Zahl der organisierten Gewerkschaftler 1½ Millionen oder vier Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung. Am Jahre 1920 beträgt sie über sechs Millionen, das sind 12 Prozent der Bevölkerung. Das Vermögen der englischen Gewerkschaften wird mit 15 Millionen Pfund Sterling angegeben. Im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts wurden den englischen Gewerkschaften große Schwierigkeiten gemacht. 1901 entschied das Oberhaus als oberster Gerichtshof in einem Prozesse gegen den Eisenbahnerverband, daß die Gewerkvereine für alle aus dem Vorgehen ihrer Beauftragten einem anderen erwachsenden Schaden haftbar gemacht werden können, was der Gewerkschaft etwa 200 000 Pfund Sterling kostete. Die Folge davon war, daß die Gewerkschaftler ihr Interesse der Politik zuwandten, und 1906 kam das Gesetz über gewerbliche Streitigkeiten zustande, das die ungünstigen Folgen des oben erwähnten Urteils beseitigte. Eine andere folgenschwere Entscheidung sprach der oberste Gerichtshof im Jahre 1909 aus, indem er die politischen Bestrebungen der Gewerkvereine unmöglich machte. Erst das Gewerkvereinsgesetz von 1913 gab den Gewerkschaften die für ihre Zwecke notwendige Freiheit der Betätigung wieder. So hat sich die rechtliche Stellung der Gewerkschaften innerhalb weniger Jahre wesentlich gefestigt. Organisatorische Veränderungen in der englischen Gewerkschaftsbewegung wurden in der Hinsicht durchgeführt, daß an Stelle der bisher in England vorherrschenden Berufsorganisationen von Facharbeitern die Zusammenfassung aller in einer Industrie beschäftigten Arbeiter, ohne Berücksichtigung ihrer besonderen Tätigkeit in Industrieverbänden gefordert wurde. Die Streikerfolge der Eisenbahner und der Bergleute, die beide dieses Organisationsprinzip durchgeführt haben, sprachen für dessen Leistungsfähigkeit. Durch den Sieg der Industrieverbände-Organisationen wurden die führenden Gewerkschaften die der Bergleute, der Transportarbeiter und der Eisenbahner. Bemerkenswert ist auch das Auftreten radikaler Strömungen in den letzten Jahren. Der Gegensatz zwischen gewissen Schichten in den Gewerkschaften und den alten Gewerkschaftsleitungen, die sich noch nicht zum Sozialismus durchgerungen haben, führte zur Schaffung neuer Vertretungsorgane, den sogenannten Shop Stewars (Betriebsvertrauensmänner), die sich über große Bezirke hin zu Werksausschüssen (Works Comitees) zusammensetzen. Die englischen Gewerkschaftler kommen immer mehr und mehr zur Erkenntnis des Sozialismus. Der Gedanke der Selbstverwaltung der Industrie durch die in ihr als Hand- und Kopfarbeiter Tätigen hat überall Wurzeln geschlagen. Die Vertreter dieser Richtung bezeichnen sich als Gilden Sozialisten. Den stärksten Widerhall hat der Gilden-Sozialismus bei den Bergarbeitern, den Eisenbahnern und den Postangestellten gefunden. Mit großem Nachdrucke wird die Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers gefordert. Die sogenannten Whitley Concils (Arbeitsgemeinschaften), die den Arbeitern gemeinsam mit den Unternehmern einen Teil an der Ordnung der einzelnen Betriebe und an der Verwaltung der Industrie einräumen, werden nicht als befriedigende Lösung angesehen. Der Kampf um die Kontrolle der Industrie steht heute in England wie in anderen Ländern im Mittelpunkte des sozialen Ringes, was um so bedeutungsvoller ist, als England durch den Krieg am wenigsten gelitten hat und der Kapitalismus dort noch sehr stark ist."

Verbands-Nachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 21. bis 27. November der 48. Wochenbeitrag fällig ist.

An die Ortsverwaltungen und Mitglieder.

Anträge auf Versetzung in andere Tariflohnklassen betreffend. Wir bringen den Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß in der letzten Sitzung des Zentraltarifamts sämtliche Anträge auf Versetzung in andere Ortsklassen zurückgestellt wurden, da das Zentraltarifamt auf Grund der unzureichenden Unterlagen für die Begründung der Anträge eine Entscheidung darüber nicht treffen wollte. Es sollen für die Folge derartige Anträge überhaupt nur noch in den dringendsten und notwendigsten Fällen berücksichtigt werden. Ferner wurde beschlossen, daß die Anträge auf Klassenversetzung jedesmal mit der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Zentraltarifamts in der „Schuhfabrikanten-Zeitung", Frankfurt a. M., dem „Schuhmacher-Fachblatt", Nürnberg, der „Deutschen Lederarbeiter-Zeitung", Frankfurt a. M., und in der Zeitung „Der Lederarbeiter", Berlin, vorher veröffentlicht werden, damit eventl. auch Einspruch erhoben werden kann. Beim Reichsarbeitsministerium ist zur Zeit auch ein Ortsklassenverzeichnis nach Serviclassen in Bearbeitung, das bei den Entscheidungen des Zentraltarifamts möglichst mit als Richtschnur benutzt werden soll. Es dürfte sich ferner empfehlen, — bevor Anträge auf Klassenversetzung gestellt werden —, daß sich die Kollegen in den betreffenden Zahlstellen mit ihren Arbeitgebern möglichst darüber verständigen, indem dadurch eine schnellere Entschädigung des Zentraltarifamts herbeigeführt wird.

•

Genehmigung von Extrabeiträgen.

Vom Zentralvorstand wurden gemäß § 6 Abs. 1 des Statuts folgende Extrabeiträge in der nachfolgend angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle:	Beginn	Wöchentl. Extrabeitrag in Pfennig				Gesamtbeitrag pro Woche in Mark			
		1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Ober-Ramstadt	1. Okt.	10	10	10	10	3.60	2.85	2.10	1.10
Precz-Holst.	1. „	15	15	15	15	3.65	2.90	2.15	1.15
Regensburg	1. „	10	10	10	10	3.60	2.85	2.10	1.10

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Abs. a nach sich zieht.

•

Betrifft Umtausch von Mitgliedsbüchern.

Wir machen die Ortsverwaltungen besonders darauf aufmerksam, daß der Umtausch von abgelaufenen Mitgliedsbüchern ausschließlich durch das Hauptbureau zu erfolgen hat. Die in den einzelnen Zahlstellen befindlichen Mitgliedsbücher sind nur für abgelaufene Mitgliedskarten bestimmt, soferne es sich nicht um Ersatzkarten infolge Uebertritt aus anderen Organisationen handelt, welche nach Ablauf zur Ausstellung eines Buches ebenfalls an den Vorstand eingesandt werden müssen. Alle abgelaufenen Mitgliedsbücher, Uebertritte und abgelaufenen Ersatzkarten von Uebertritten sind an den Vorstand zum Umtausch einzusenden.

•

Zur Arbeitslosenstatistik. Wir weisen unsere Ortsverwaltungen besonders darauf hin, daß der Stichtag der Arbeitslosenzählung der 27. November ist. Zählkarten und Berichtsbogen über Kurzarbeit sind spätestens 3 Tage nach Schluß des Monats an uns einzusenden. Auch Zahlstellen, welche keine Arbeitslosen haben, sind verpflichtet, die Karten mit genauer Angabe der Mitgliederzahl einzusenden.

•

Die Zählkarten über Arbeitslosenzählung und die Berichtsbogen über Kurzarbeit sandten im Oktober und November nicht ein die Zahlstellen Allenstein, Auerbach i. Sa., Bischofswerda, Bruchsal, Crimmitschau, Detmold, Dieringhausen, Eggenfelden, Essen, Freiberg, Gardelegen, Gießen, Karlsruhe, Kaufbeuren, Kempten, Kirchberg, Ladenburg, Leonberg, Lumzenau, Marburg, Neuruppin, Neustettin, Oeynhausen, Offenburg, Recz, Spirkelbach, Spremberg, Schweidnitz, Striegau, Tübingen, Wegesack, Billingen, Waren a. Müritz, Zwenkau. Wir weisen darauf hin, daß der nächste Stichtag der 27. November ist und ersuchen alle Ortsverwaltungen, die Karten und Bogen recht pünktlich an uns einzusenden.

Nürnberg, den 20. November 1920. **Der Vorstand.**

Versammlungs-Kalender.

Die Mitglieder werden ersucht, jede Versammlung pünktlich zu besuchen.

Mitgliederversammlungen finden statt:

Samstag, den 27. November:

Deggendorf, abends ½8 Uhr, im Lokal Obermüller, Bahnhofstr.
Stadtlim, abends 8 Uhr, im Lokal „Schützenhaus".
Wilkau, abends ½8 Uhr, in Buglers Restauration, Bachstraße.

Sonntag, den 28. November:

Eisleben: morgens 10 Uhr im Lokal Fessel.

Montag, den 29. November:

Halle a. S., abends 8 Uhr, im Lokal, Bilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14.
Schneeberg, abends 8 Uhr im Rest. „Brunner", Badertorstr.

Mittwoch, den 1. Dezember:

Durlach, abends im Gasthaus zum Schwanen.
Emden, abends 8 Uhr, bei Garrels (Klubhaus).
Frickenhausen, im Lokal „zum Lamm".
Schneverdingen, abends bei Gastwirt Heinrich Loose.

Freitag, den 3. Dezember:

Reutlingen, im Gewerkschaftshaus.
Leisnig, abends 8 Uhr, im Rest. „Neue Sorge", Brösener Gasse 2.

Samstag, den 4. Dezember:

Eggenfelden, nachm. 2 Uhr, im Gasthaus Moser, Stadtplatz.
Lugau, abends 7 Uhr, in Schwades Restaurant.
Stollberg, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus".

Montag, den 6. Dezember:

Bremen, abends 7½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Faulenstraße 58—60.
Bremerhaven, abends 8 Uhr, im Rest. „zum Seppel", Langestr. 23.
Dortmund, abends 8 Uhr, bei Wilh. Wolf, Ostwallstr. 12.
Gießen, im Vereinslokal.
Gleiwitz, abends 7 Uhr, im „Freischütz", Bahnhofstr. 16.
Görlitz, abends, im Restaurant „Union", Lange Straße.
Guben, abends 7 Uhr, in der „Reichshalle".
Hannover, abends, im Vereinslokal.
Hartha, abends 8 Uhr, im „Forsthaus".
Hirschberg, im Gasthof zum „Hochstein", Markt 23.
Kiel, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
Liegnitz, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4.
Mainz, (Schoßarbeiter), im „Goldenen Pflug", Pfandhausgasse.
Meldorf, abends 8 Uhr, in der Zentralherberge, Silderstr.
Nienburg, abends 7 Uhr, im Lokal H. Hänkel, Hinterstr.
Sebnitz, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Zimmer 3.
Waldheim, im „Schweizertal".
Zwönitz, abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Roß".

Dienstag, den 7. Dezember:

Allenstein, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten", Jägerstraße.
Frankfurt a. M., abends, im Gewerkschaftshaus (Schoßarbeiter).
Lübeck, abends 7½ Uhr, im Vereinslokal.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Naumburg a. Saale. 1. Bev. Otto [illegible] Mühlgasse 18/I. 2. Bev. Hermann Kern, Neuer Steinweg 14. Unterstützungsauszahlung beim 2. Bev. von 7—8 Uhr.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. V. Deutschlands (Ersatzkasse) zu Hamburg.

Bekanntmachung des Hauptkassiers.

Gelder gingen ein vom 16. Oktober bis 11. November 1920: Köln 500, Mannheim 1000, Nowawes 500, Eßlingen 230, Darmstadt 338.95, Kiel 500, Oels 225.96, Ehrenfriedersdorf 150, Erfurt-Nord 400, Bremen 400, Augsburg 3000, Frankenberg 150, Halle 400, Delitzsch 200, Erfurt 1000, Cannstatt 500, Aachen 500, Rumbrucken 200, Haßloch 100, Oberrad 200, Schorndorf 150, Potsdam 100, Solingen 300, Rödelheim 300, Ditzingen 200, Altona 500, Hanau 700, Freiburg 300, Schönlanke 75, Leisnig 300, Heilbronn 400, Harburg 500, Gotha 300, Oehlar 150, Plagwitz 200, Tuttlingen 1000, Magdeburg 1000, Peis 120, Lahr 300, Bremerhoven 100, Lechhausen 1000, Moorburg 200, Memmingen 350, Griesheim 600, Gießen 200, Leipzig-Ost 300, Magdeburg-Neustadt 250, Ohrdruf 200, Neuwied 700, Schöneberg 800, Hamburg 1000, Lübeck 500, Koblenz 300, Liegnitz 1000, Berlin 1500, Krefeld 200, Zwönitz 80, Spandau 350, Konstanz 250, Arnstadt 500, Chemnitz 400, Göppingen 400, Achstätt 500, Rostock 150, Burg 2500, Minden 150, Mühlheim 400, Homburg 230, Schleswig 300, Pirna 150, Essen 300, Pressek 1000, Kirchhain 400, München 1000, Elmshorn 400, Weimar 100, Kempten 500, Münden 200, Summa 36 749,91 Mk.

Zuschuß erhielten: Hausenstamm 380, Göttingen 100, Rüstringen 300, Sondershausen 400, Ellwangen 400, Ladenburg 100, Obertshausen 600, Summa 2280 Mk.

Hamburg, 11. November 1920.

H. Ebel, Hauptkassier.

Literarisches.

Die neue Nummer der „Freien Welt" bringt Bilder und Texte, die sich auf den 9. November beziehen. In einem Zyklus von 12 Karikaturen zeichnet Karl Holz die nennenswertesten Ereignisse in satirischen Linien nach. Der 9. November ist auch der Gedenktag an die Erschießung Robert Blums im Jahre 1848. Die „Freie Welt" bringt dazu ein Bild des letzten, erschütternden Briefes, den Blum wenige Minuten vor seiner Hinrichtung geschrieben hatte. Verlag „Freiheit", Berlin C 2, Breitestr. 8/9. Preis des Heftes 60 Pfennig.

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht. Verlagsbuchhandlung „Vorwärts", Berlin SW. 68. Preis 6 Mark. — Diese 3. Auflage der 1909 zum ersten Male erschienenen Schrift von Kautsky ist durch eine den Umwälzungen Rechnung tragende Vorrede erweitert. Kautskys Gedanken sind durch seine neuen politischen Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution wieder hochaktuell geworden.

Der kleine Jan, von Heinrich Schulz. Verlagsbuchhandlung „Vorwärts", Berlin SW. 68. Preis geb. 9 Mark. — Das von Traugott Schalcher illustrierte Buch schildert in ungemein treffenden und ergötzlichen Kleinbeobachtungen das geistige Werden und Wachsen des Kindes in den ersten Lebensjahren, in jener Zeit, wo es nach den Worten Gottes ohne Unterricht mehr lernt, als in der gesamten Schulzeit.

Briefkasten.

Schauenstein. Die Versammlungsanzeige ging am 15. Nov. hier ein, als die Nr. 47 des Fachblattes schon gedruckt war.

Filzpantoffel
Muster Mk. 14.50 verkauft
O. Peukert, Lichtentanne i. S.

Zentral-Verband der Schuhmacher
Zahlstelle Nürnberg-Fürth
Jahnstraße 14 I.
Verkauf von Herrenhemden und Unterhosen
(Makko- und Normalwäsche)
Qualitätsware. Billige Preise.

Eilt!
Solange der Vorrat reicht. Schöner kräftiger Stanzabfall meistens Kern, beschnittene Ware pro Pfd. Mk. 5.—. Ganz großer Stanzabfall, jedes Stück ein Herren- oder Damen-Oberleck aus allerbestem Kernleder p. Pfd. Mk. 12.50. Proben von 9 kg geg. Postnachnahme, von 25 kg abgegen Eilgutnachnahme.
O. Potok, Leder engros, Karlsruhe i. Bad.

H. Franke's Lehrbücher in neuester Auflage und die beste schwarze Stiftwichse gelangen durch den Fachverlag Franke & Heseler, Arbern 8, zum Versand. Man verlange ausführlichen Prospekt.

2 Mädchen
von 20—23 Jahr. suchen Arbeit in einer Schuhfabrik. Waren schon 4 Jahre in einer Schuhfabrik tätig. Geschwister Falk, Dortmund, Bergmannstr. 11.

Geschäftsführer
für die
Zahlstelle Berlin gesucht.
Der seitherige Bevollmächtigte tritt am 1. Januar 1921 von seinem Posten zurück und ist die Stelle zum genannten Termin neu zu besetzen. Wir bringen sie hiermit unter unseren Mitgliedern zur Ausschreibung. Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre dem Verbande angehören. Das Gehalt beträgt 1450 Mk. pro Monat. Im Bewerbungsschreiben, das einen kurzen Aufsatz über die Aufgaben des 1. Bevollmächtigten enthalten muß, sind auch Angaben über Alter, Beschäftigung sowie bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung anzugeben. Bewerbungen sind bis spätestens 10. Dezember an die hiesige Ortsverwaltung einzureichen.

Als Ortsbeamter für die Zahlstellen Zwönitz-Lößnitz wurde der Kollege Fenske-Hartenstein gewählt. Indem wir allen anderen Bewerbern bestens danken, bringen wir gleichzeitig zur Kenntnis, daß eine besondere Benachrichtigung an sie nicht erfolgt.
R. Weise, Bezirksleiter.

2 tüchtige
Schuhmacher
nur auf neue Rahmen u. leichte zwiegenähte Stiefel auf Akkord sofort für dauernd gesucht.
Martin Mittwer, Obersdorf (bayerisch Allgäu.)

Unserem werten Kollegen **Bernhard Löser** nebst seiner lieben Braut **Hulda Möbius** zu ihrer stattgefundenen grünen Hochzeit die besten Glückwünsch.
Waldheim, 13. 11. 1920.
Mehrere Kollegen der Firma **Wernigk & Co.**

Unserem werten Kollegen **Albert Leeb** und seiner lieben Braut zu ihrer stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Zahlstelle Sonthofen.

Unserm lieben Kollegen **Willy Gräß** nebst seiner lieben Braut **Mariechen,** sowie Kolleg. **Georg Linke** nebst seiner lieben Braut **Mariechen** und unserer lieben Kollegin **Gertrud Zscheppank** nebst ihrem lieben Bräutigam zu ihrer grünen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen und Kolleginnen der **Zahlstelle Luckenwalde.**

Unserem lieben Kollegen und 2 Bevollmächtigten **Albert Haug** nebst seiner lieben Braut **Käthe** die herzlichst. Glück- und Segenswünsche zu seiner am 27. Nov. stattfindenden Hochzeitsfeier!
Die Kollegen der Zahlstelle **Frickenhausen.**

Unserem lieben Kollegen **Ignatz Treffler** zur Vermählung mit seiner l. Braut **Liesbeth Schwitzer** die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen des **Kauthauses Wiesdorf a. Rh.**

Unserm werten Kollegen **Teodor Reinhardt** und seiner lieben Braut zu ihrer stattfindenden Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche Die Zahlstelle Suhl.

Nachruf.
Am 12. Novbr. starb infolge eines Unglücksfalles unser Kollege
Alfred Wagner.
Wir verlieren in ihm einen guten u. tüchtigen Kollegen. Unter seinen Kollegen wird sein Name unvergessen bleiben.
Die Kollegen u. Kolleginnen d. Zahlstelle Zerbst/Anhalt.

Druck: Sozialdemokrat G. m. b. H., Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, (J. Simon), Nürnberg, Essenweinstraße 1.